Resolution des Kreises Gütersloh vom 30.11.2020

Forderung:

Angesichts der pandemisch bedingten wachsenden Bedrohung durch regional nicht ausreichende intensivmedizinische Versorgungskapazitäten fordert der Kreis Gütersloh das Land Nordrhein-Westfalen auf, dafür Sorge zu tragen, dass kurzfristig

- **weitere Kapazitäten im Hinblick auf die wachsenden Versorgungsbedarfe von intensiv - sowohl COVID als auch allgemein - zu betreuenden Patienten geschafft werden sowie**
- **ein erforderliches, verbindliches und überregionales Versorgungs- und Verlegungskonzept einschließlich einer entsprechenden Koordinierungsstelle auf der Ebene der Bezirksregierungen aufgestellt und sowohl für den Regierungsbezirk Detmold als auch für die angrenzenden Regierungsbezirke implementiert wird, wie dies im Rahmen des sog. Kleeblattprinzips bundesweit angekündigt wurde und teilweise bereits umgesetzt wird.**

Begründung:

1. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die Sicherstellung der Krankenversorgung in Krankenhäusern eine öffentliche Aufgabe des Landes ist (§ 1, Abs. 2 KHGG NRW).
2. Unter Moderation des Kreises Gütersloh haben sich die Krankenhäuser im Kreisgebiet erfolgreich bemüht, mit allen verfügbaren Kräften eine erhebliche, insbesondere intensivmedizinische Kapazitätserweiterung zu schaffen.
3. Hierfür wurde ein Stufenkonzept entwickelt, welches
    a. es der Kreisleitstelle erlaubt, die stationär versorgungspflichtigen COVID-Patienten des Rettungsdienstes anhand einer einvernehmlich festgelegten Quote zuzuweisen, die der Leistungsfähigkeit der Häuser entspricht, und
    b. den Krankenhäusern ermöglicht, untereinander und der Kreisleitstelle gegenüber den Grad der aktuellen Kraftanstrengung darzulegen.
4. Im Falle erforderlicher Verlegungen in auswärtige Krankenhäuser unterstützt die Kreisleitstelle Gütersloh die Krankenhäuser maßgeblich bei der Suche und Vermittlung von geeigneten Zielkrankenhäusern in NRW.
5. Trotz aller Bemühungen stehen für den einwohnerstärksten Kreis des Regierungsbezirkes Detmold gemäß Krankenhaus-Feststellungsbescheiden des Landes im OWL-weiten Vergleich mit Abstand die wenigsten Intensivbetten zur Verfügung.

Im Rahmen unserer aufgezeigten und möglicherweise bald überschrittenen Grenzen fordern wir das Land auf, weitere Kapazitäten zu schaffen sowie ein überregionales, verbindliches Verteilungs-Konzept nach sowohl medizinisch sachgerechten als auch kollegialen und fairen Kriterien vorzulegen.